

Landesversammlung  
Arbeitskreis Energiewende  
am 14. Juli 2018



# *Antragsbuch*

Stand: 2. Juli 2018

Redaktion:  
Arbeitskreis Energiewende der CSU

Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 80807 München,  
Telefon 089/1243-312, Telefax 089/1243-4312  
[ake@csu-bayern.de](mailto:ake@csu-bayern.de)

# INHALT

Antrag 01	Rechtlicher Rahmen für eine Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Energie-Infrastruktur	Seite 3
Antrag 02	Förderung von Carsharing durch vereinfachte Ausweisung von Stellplätzen	Seite 5
Antrag 03	Freigabe landeseigener Flächen für Radroute Olympiapark-Maxvorstadt	Seite 7
Antrag 04	Prüfung von Ringbahn für München und Fernbahnanbindung des Münchner Flughafens	Seite 8
Antrag 05	Weiterleitung der Mitgliedsbeiträge	Seite 9
Antrag 06	Mitgliederwerbung für den AKE	Seite 10
Antrag 07	Anschlussförderung zur Gründung und zum Betrieb von Energieagenturen in Bayern	Seite 11
Antrag 08	Energiepolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion und Staatssekretär im StMWi	Seite 12
Antrag 09	Wärmewende in Bayern vorantreiben	Seite 13
Antrag 10	Weiterentwicklung des Bayerischen Energieprogramms	Seite 14
Antrag 11	Steigerung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen zur regionalen Energieversorgung	Seite 15
Antrag 12	Bi-modale Versuchs-Strecke	Seite 16
Antrag 13	Bau von Pendlerparkplätzen	Seite 17
Antrag 14	Intelligente Ampelsteuerung	Seite 18
Antrag 15	Dekarbonisierungsoffensive für Bayern	Seite 19
Antrag 16	CSU Vision für eine zukunftsfähige Energieversorgung entwickeln	Seite 20
Antrag 17	Versorgungssicherheit beim Strom nach 2022 Gewährleisten	Seite 21

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 01 Rechtlicher Rahmen für eine Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Energie-Infrastruktur</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: AKE Landesvorstand</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

- 1 **Der AKE fordert die CSU-Landesgruppe auf, sich für die Schaffung eines**  
2 **rechtlichen Rahmens für eine Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Energie-**  
3 **Infrastruktur einzusetzen. Dabei sollten sowohl direkte Beteiligungen (z.B. in Form**  
4 **von Fonds oder Anteilsscheinen) als auch Konzepte im Rahmen der dritten Säule**  
5 **der Altersversorgung ermöglicht werden.**

**Begründung:**

- 6 Der starke Ausbau der Stromnetze ist eine unverzichtbare Voraussetzung für das  
7 Gelingen der Energiewende und äußerst kapitalintensiv. Allein für die drei HGÜ-Leitungen  
8 müssen in den nächsten Jahren über 25 Mrd. € investiert werden.
- 9 Um diese Investitionen sicherzustellen, erhalten die Netzbetreiber nach § 7 StromNEV für  
10 Neuanlagen eine garantierte Eigenkapitalrendite von 6,91%. Diese wird aus den  
11 Netzentgelten finanziert, die alle Stromverbraucher entrichten müssen. Damit liegt die mit  
12 neuen HGÜ-Leitungen erreichbare Rendite fast bei der durchschnittlichen Höhe  
13 langfristiger Aktienanlagen, jedoch mit einer Sicherheit, die annähernd der von  
14 Staatsanleihen entspricht.
- 15 Bei der Stromerzeugung (insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien) gibt es seit  
16 vielen Jahren private Investitionsmöglichkeiten z. B. über Fonds und Genossenschaften.  
17 Dabei hat sich aber herausgestellt, dass solche Beteiligungen mit erheblichen Risiken  
18 verbunden und daher z. B. keinesfalls für eine Altersversorgung geeignet sind.
- 19 Dagegen gibt es bisher keine Möglichkeit für Bürger, sich direkt an Projekten des  
20 Netzausbaus zu beteiligen, obwohl solche Beteiligungen angesichts der attraktiven,  
21 langfristigen Rendite und des geringen Risikos sehr gut als Bausteine einer privaten  
22 Altersversorgung geeignet wären. Hinzu kommt, dass lokaler Widerstand gegen den Bau  
23 von HGÜ-Leitungen möglicherweise geringer wäre, wenn den betroffenen Bürgern die  
24 Möglichkeit eingeräumt werden könnte, an dem Projekt auch zu verdienen.
- 25 In der Vergangenheit hat es einzelne Versuche von ÜNB's gegeben, Bürgern solche  
26 Beteiligungen zu ermöglichen. Diese scheiterten jedoch u.a. an den rechtlichen  
27 Rahmenbedingungen.

28 Der AKE fordert daher den Gesetzgeber auf, in Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern  
29 und ggf. den Trägern der dritten Säule der Altersversorgung (z. B.  
30 Versicherungsunternehmen) geeignete rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um  
31 Bürgerbeteiligungen an Projekten des Netzausbaus zu ermöglichen. Dies sollte sowohl  
32 direkt (z. B. über Fonds oder Anteilsscheine vorrangig für Bürger der vom Netzausbau  
33 betroffenen Kommunen) als auch über Kapitalsammelstellen für die Altersversorgung z. B.  
34 im Rahmen von „Riester“- oder „Rürup“-Verträgen – analog z. B. zu den derzeit  
35 erhältlichen fondsgebundenen Modellen – ermöglicht werden.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 02 Förderung von Carsharing durch vereinfachte Ausweisung von Stellplätzen</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: AKE-Bezirksverband München</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

36 **Der AKE unterstützt das Anliegen der Bayerischen Staatsregierung, Kommunen bei**  
37 **Förderung von Carsharing-Angeboten mehr Planungsfreiheit zu geben. Der AKE**  
38 **fordert weiter, dass die Anzahl der Stellplätze gemäß der Garagen- und**  
39 **Stellplatzverordnung - GaStellV auch anteilig als Carsharing-Stellplätze**  
40 **ausgewiesen werden können. Über den Anteil der Carsharing-Plätze können die**  
41 **Eigentümer bzw. Mieter der Liegenschaft selbst entscheiden.**

**Begründung:**

42 Die Attraktivität von Carsharing steigt mit guten Parkmöglichkeiten. Die vereinfachte  
43 Ausweisung von Stellplätzen für Carsharing-Fahrzeuge beschleunigt den Ausbau von  
44 Carsharing-Stellplätzen.

45 Hinsichtlich Energie- und Ressourceneffizienz hat Carsharing mehrere Vorteile gegenüber  
46 dem Privatbesitz von PKWs:

- 47 ▪ Carsharing-Fahrzeuge sind im Durchschnitt jünger und nutzen somit in größerem  
48 Umfang moderne Effizienztechnologien.
- 49 ▪ Der Anteil emissionsarmer Elektrofahrzeuge in Carsharing-Flotten ist deutlich höher.
- 50 ▪ Wegen besserer Auslastung (längere Fahrzeiten, kürzere Standzeiten) ist der  
51 Parkplatzbedarf niedriger. Dies reduziert den Flächenbedarf des ruhenden Verkehrs,  
52 was sowohl ländlichen Regionen als auch Ballungsräumen zugutekommt.
- 53 ▪ Wegen besserer Auslastung sind weniger Fahrzeuge nötig. Dies schont Ressourcen  
54 bei der Herstellung und Entsorgung von Fahrzeugen.

55 Darüber hinaus können Carsharing-Fahrzeuge optimal als Zubringer zu Bahnhöfen dienen  
56 und so die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs gerade im ländlichen Raum erhöhen. Mit  
57 der Einführung selbstfahrender Autos im Carsharing kann das Angebot weiter verbessert  
58 werden, z.B. durch Abholung der Fahrgäste am gewünschten Ort und durch Beförderung  
59 von Personen ohne Führerschein bzw. fahruntüchtiger Personen. Nicht zuletzt profitieren  
60 vom ausgedehnten Carsharing deutsche Automobilhersteller und Mobilitätsanbieter, die in  
61 diesem Segment bereits eine führende Position eingenommen haben.

62 Im Antrag geht es nicht um Mindest- oder Maximalvorgaben, sondern um mehr  
63 Planungsfreiheit, welche die Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen erleichtern,  
64 entbürokratisieren und damit beschleunigen soll.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 03 Freigabe landeseigener Flächen für Radroute Olympiapark-Maxvorstadt</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> AKE-Bezirksverband München	

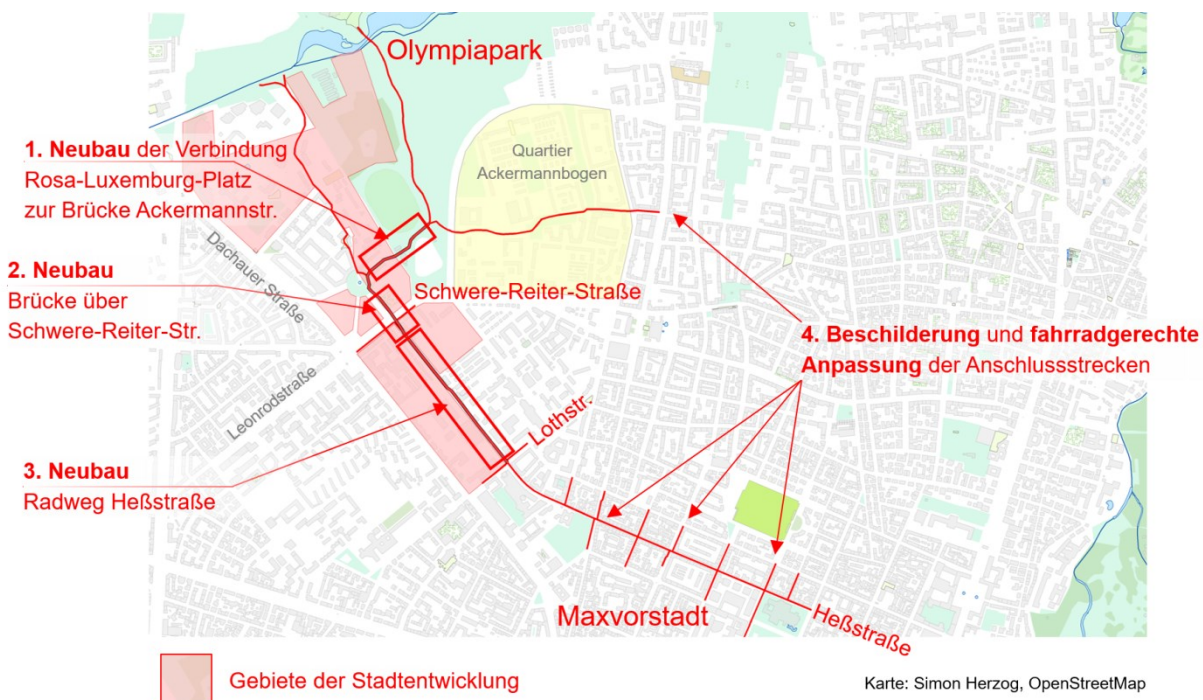
**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

65 **Der AKE unterstützt die Einrichtung der Radroute Maxvorstadt-Olympiapark und**  
66 **bittet den Freistaat Bayern das Vorhaben unter anderem mit der Freigabe**  
67 **landeseigener Flächen zu unterstützen.**

**Begründung:**

68 Die Radroute Maxvorstadt-Olympiapark einschließlich Rad-und-Fußgängerbrücke über die  
69 Schwere-Reiter-Straße wird von den Bezirksausschüssen Neuhausen-Nymphenburg und  
70 Maxvorstadt gefordert und ist von gesamtstädtischer Bedeutung für Verkehr und  
71 Verkehrssicherheit. Generell fördert eine gute Radinfrastruktur den emissionsarmen,  
72 umweltfreundlichen und günstigen Radverkehr.

73  
74 Für die Errichtung der Radroute Maxvorstadt-Olympiapark sind unter anderem  
75 landeseigene Flächen nötig, z. B. südwestlich der Emma-Ihrer-Straße, vgl. (2.) in der  
76 Abbildung unten. Weitere Infos abrufbar unter: <http://bit.ly/2h4ZijE>





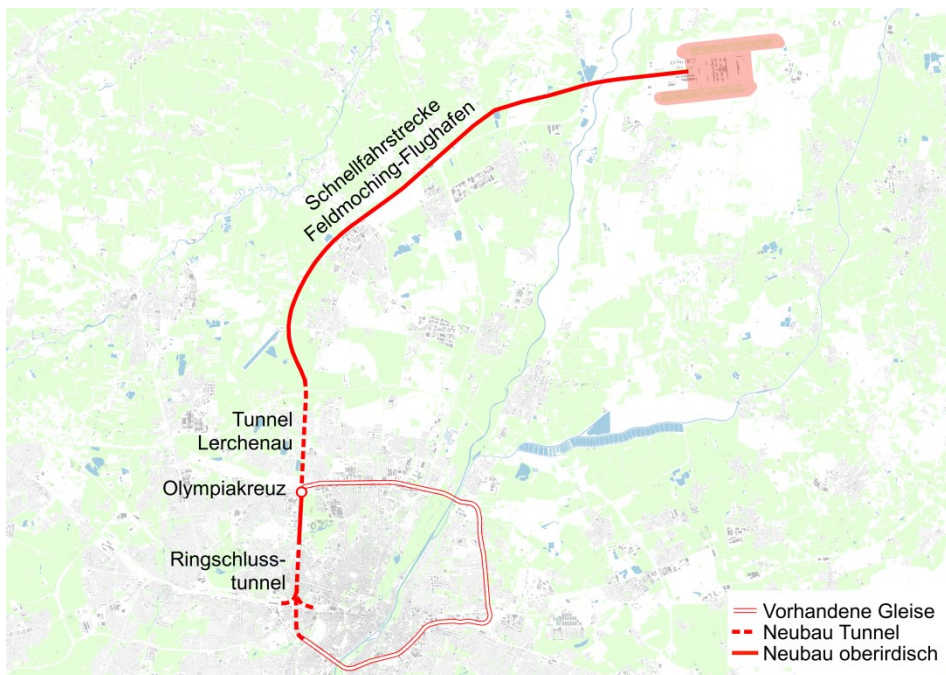
<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 04 Prüfung von Ringbahn für München und Fernbahnanbindung des Münchner Flughafens</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: AKE-Bezirksverband München</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

77 **Der AKE fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Errichtung einer Ringbahn**  
78 **für München sowie eine Flughafenanbindung für den Fernverkehr zu prüfen zu**  
79 **lassen.**

**Begründung:**

80 Die Wachstumsregion München leidet zunehmend unter den Folgen des Verkehrs. Eine  
81 Stärkung des Schienenverkehrs könnte erhebliche Kapazitäten schaffen bei gleichzeitig  
82 niedrigem Energie-, Rohstoff- und Flächenverbrauch und geringen Emissionen. Mit einer  
83 Ringbahn und Fernbahnanbindung des Flughafens - vgl. Abbildung unten - könnte  
84 zahlreichen Herausforderungen der Metropolregion begegnet werden.



85 Bild: Herzog, Atabay, OpenStreetMap



<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 05 Weiterleitung der Mitgliedsbeiträge</b>	<b><u>Beschluss:</u></b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> AKE-BV Schwaben, AKE-KV Kempten/Lindau/Oberallgäu, Christian Conrad	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

- 86 **Analog zur CSU und den anderen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen soll**  
87 **auch beim AKE ein fester Prozentsatz der Mitgliedsbeiträge auf der untersten Ebene**  
88 **(Kreis- bzw. Bezirksverbände) verbleiben.**

**Begründung:**

- 89 Die Kosten für die Arbeit des Arbeitskreises fallen überwiegend vor Ort an. Einladungen,  
90 Veranstaltungen und Mitgliederbetreuung sind nicht ohne finanziellen Aufwand bestreitbar.  
91 Zudem ist es auch bei der Neuwerbung von Mitgliedern nicht einfach zu vermitteln, dass  
92 keine Beiträge vor Ort verbleiben. Momentan ist eine Finanzierung der Arbeit nur durch  
93 Spenden möglich.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 06 Mitgliederwerbung für den AKE</b>	<b><u>Beschluss:</u></b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> AKE-Bezirksverband Oberbayern, Simone Neumann	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

94 **Der AKE-Landesvorstand wird aufgefordert, Möglichkeiten für eine effektive**  
95 **Kampagne zur Mitgliederwerbung zu prüfen.**

**Begründung:**

96 Der Arbeitskreis Energiewende (AKE) gehört zu den jüngeren Arbeitskreisen der CSU und  
97 ist innerhalb der Partei noch weniger bekannt. Aufgrund der teilweisen komplexen Themen  
98 und der oft technischen Ausrichtung politischer Forderungen, spricht der AKE bisher  
99 vorwiegend nur Personen mit fachlichen Kompetenzen und branchentypischen  
100 Hintergrund an.

101 Grundsätzlich profitiert ein Arbeitskreis von fachkundigen Mitgliedern, jedoch sollte auch  
102 beachtet werden, dass zur ausgewogenen politischen Entscheidungs- und Willensbildung  
103 ein Blick „von außen“ notwendig ist. Der AKE-Landesvorstand sollte sich deswegen  
104 verstärkt dafür einsetzen seine Mitgliederzahl zu steigern, um auch mehr politisches  
105 Gewicht innerhalb der Partei zu generieren. Ebenso sollten wir uns dafür einsetzen eine  
106 breitere Zielgruppe und vor allem auch weibliche und jüngere Mitglieder anzusprechen.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 07 Anschlussförderung zur Gründung und zum Betrieb von Energieagenturen in Bayern</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> AKE-Bezirksverband Oberbayern, Simone Neumann	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

107 **Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag wird gebeten die Bayerische**  
108 **Staatsregierung aufzufordern, die Grundsätze zur Förderung der Gründung und des**  
109 **Betriebs von Energieagenturen in Bayern zu verlängern und ausbauen. Ebenso**  
110 **sollte der Aufbau einer zentralen Dachenergieagentur auf Landesebene geprüft**  
111 **werden.**

**Begründung:**

112 Energieagenturen leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende in den  
113 Kommunen. Auch für den gewerblichen Bereich sollten die Energieagenturen  
114 Beratungsleistungen erbringen können. So sind die Agenturen direkter Ansprechpartner  
115 für Gemeinden und Städte, aber auch für Bürger und Unternehmen vor Ort. Sie treiben  
116 Maßnahmen in den Bereichen Energie und Klimaschutz aktiv voran und können mit gut  
117 strukturierten Prozessen die Akzeptanz der Energiewende in den Kommunen weiter nach  
118 vorne bringen. Ebenso leisten sie einen wertvollen Beitrag in der Bewusstseinsbildung für  
119 Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Schonung von Ressourcen und die Vermeidung  
120 von unnötigen klimaschädlichen Emissionen.

121 Am 31. Dezember 2018 treten die Grundsätze zur Förderung der Gründung und des  
122 Betriebs von Energieagenturen in Bayern außer Kraft. Diese Förderung sollte zeitnah  
123 verlängert und ausgebaut werden.

124 Derzeit gibt es elf Energieagenturen, von denen jeweils nur fünf gefördert werden. An dem  
125 Ziel der Förderung von 18 Agenturen muss festgehalten werden. Ebenso muss geprüft  
126 werden, inwieweit die Förderung des Betriebs von Energieagenturen ausgebaut werden  
127 kann. Hierbei sollten auch Möglichkeiten geschaffen werden, bestehende Agenturen an  
128 der Förderung zu beteiligen.

129 Zudem gilt es zu prüfen, ob der Aufbau einer übergeordneten zentralen Dach-  
130 Energieagentur auf Landesebene, die als Schnittstelle zwischen Forschung, Politik und  
131 Umsetzung vor Ort agiert, sinnvoll ist.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 08 Energiepolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion und Staatssekretär im StMWi</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> AKE-Bezirksverband Oberbayern, Simone Neumann	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

132 **Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag wird aufgefordert einen**  
133 **energiepolitischen Sprecher zu ernennen. Zudem soll sie darauf hinwirken, dass die**  
134 **Bayerische Staatsregierung prüft, ob erneut ein Staatssekretär im Bayerischen**  
135 **Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie (StMWi) eingesetzt**  
136 **werden kann.**

**Begründung:**

137 Als fachpolitische Sprecher einer Fraktion werden Abgeordnete bezeichnet, die in den  
138 einzelnen Ausschüssen Hauptansprechpartner ihrer jeweiligen Fraktionsführung sind. Bei  
139 den Ausschussberatungen bestimmen sie den Kurs ihrer Fraktion maßgeblich mit und  
140 formulieren deren Interessen. In den meisten Fällen verfügen sie über einen  
141 umfangreichen fachlichen Hintergrund und die notwendige politische Erfahrung im  
142 Umgang mit komplexen Themenstellungen in ihrem Bereich.

143 Die CSU-Fraktion ist die einzige Fraktion im Bayerischen Landtag, die keinen offiziellen  
144 energiepolitischen Sprecher stellt. Dieses Defizit ist nicht nur für die interfraktionelle Arbeit  
145 kontraproduktiv, da kein ausgewogener Interessenausgleich zwischen den politischen  
146 Bereichen stattfindet, sondern vermittelt auch nach außen ein falsches Bild. Den  
147 Bürgerinnen und Bürgern wird damit zu verstehen geben, dass die Energiewende kein  
148 Thema ist, mit dem sich die CSU im legislativen Prozess umfangreich befasst.

149 Im Rahmen des Umbaus des Kabinetts ist die Position des Staatssekretärs im StMWi  
150 gestrichen worden. Mit der Auslagerung des Bereiches „Medien“ in die Zuständigkeit der  
151 Staatskanzlei, ist zwar ein großer Kompetenzbereich weggefallen, jedoch umfasst die  
152 Verantwortlichkeit des StMWi immer noch umfängliche Themenbereiche. Zur  
153 Unterstützung des Staatsministers und zur Unterstreichung der politischen Wertigkeit  
154 großer Zukunftsthemen wie der Energiewende und der Technologieförderung, soll  
155 überprüft werden, ob die Position des Staatssekretärs im StMWi wieder eingesetzt werden  
156 kann.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 09 Wärmewende in Bayern vorantreiben</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> AKE-Bezirksverband Oberbayern, Simone Neumann	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

157 **Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag wird gebeten die Bayerische**  
158 **Staatsregierung aufzufordern, Wärmenetze als kommunale Lösungen und Ansätze**  
159 **der Sektorkopplung stärker zu fördern. Zudem soll ein eigenes Informationsportal**  
160 **für die energetische Gebäudesanierung geschaffen werden.**

**Begründung:**

161 Die Bundesregierung bietet bereits Kommunen Fördermöglichkeiten für den Ausbau von  
162 Wärmenetzen und unterstützt diese dabei Wärme aus erneuerbaren Energien in  
163 ausreichenden Mengen und zu vertretbaren Preisen bereitzustellen. Auch das bayerische  
164 10.000-Häuser-Programm sollte diese Entwicklung mitaufnehmen und auf der Seite der  
165 Hausbesitzer die Anschlüsse für Wärmenetze fördern. Insbesondere in Gemeinden in  
166 denen die Nutzung von Geothermie möglich ist, sollten die Bürgerinnen und Bürger durch  
167 Fördermöglichkeiten motiviert werden, diese auch in Anspruch zu nehmen, da ansonsten  
168 Projekte oft an den hohen Investitionskosten scheitern.

169 Ebenso sollte das 10.000-Häuser-Programm dahingehend erweitert werden, dass die  
170 einzelnen Sektoren in einem gemeinsamen Ansatz zusammen gedacht werden und  
171 Fördermöglichkeiten dafür geschaffen werden. Eine besondere Rolle können dabei vor  
172 allem Speichersysteme und erneuerbare Energien Anlagen einnehmen, diese sollten  
173 verstärkt gefördert werden. Dazu ist es notwendig innovative Kopplungssysteme ebenfalls  
174 unter dem Programmteil EnergieSystemHaus mitaufzunehmen. Des Weiteren gilt es das  
175 Potential von Wärmepumpen weiter auszuschöpfen. Möglich wäre hierbei eine erweiterte  
176 Wärmepumpen-Effizienzförderung für den Gebäudebestand, die primär die Senkung der  
177 Systemtemperaturen zum Ziel hat.

178 Die energetische Gebäudesanierung ist ein zentraler Bestand zur Umsetzung der  
179 Energiewende. Die Möglichkeiten, die sich hier für Neu- und Bestandsbauten ergeben sind  
180 vielfältig und oft sehr komplex. Um den Bürgerinnen und Bürgern Systeme, einzelne  
181 Techniken und auch Fördermöglichkeiten näher zu erläutern, schlägt der AKE ein eigenes  
182 Informationsportal herausgelöst vom Energie-Atlas-Bayern vor.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 10 Weiterentwicklung des Bayerischen Energieprogramms</b>	<b><u>Beschluss:</u></b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> AKE-Bezirksverband Oberbayern, Simone Neumann	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

183 **Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag wird gebeten die Bayerische**  
184 **Staatsregierung aufzufordern, das Bayerische Energieprogramm unter**  
185 **Berücksichtigung der im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegten**  
186 **Emissionsziele weiterzuentwickeln und sich ambitionierte Ziele für den Ausbau**  
187 **erneuerbarer Energien zu setzen.**

**Begründung:**

188 Die im Bayerischen Energieprogramm aufgelisteten Ziele im Bereich erneuerbarer  
189 Energien sind nach aktueller Prognose selbsterfüllend. Bis 2025 soll laut  
190 Energieprogramm der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung in  
191 Bayern 70 Prozent betragen. Spätestens nach der beschlossenen Abschaltung des letzten  
192 AKWs Isar II im Jahr 2022 sinkt die Bruttostromerzeugung in Bayern soweit ab, dass der  
193 prozentuale Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix auf über 70 Prozent steigt –  
194 ohne auch nur eine einzelne Kilowattstunde an erneuerbarer Energie zugebaut zu haben.

195 Gemessen an den Referenzwerten der Erzeugung erneuerbarer Energien von 2016 und  
196 unter Berücksichtigung des Wegfalls der Erzeugung der AKWs sind folgende Anteile an  
197 der Bruttostromerzeugung bereits ohne Zubau 2023 erwartbar: Wasserkraft ca. 24 Prozent  
198 (Zielwert 23 - 25 Prozent), Windenergie ca. 6,5 Prozent (Zielwert 5 - 6 Prozent),  
199 Photovoltaik ca. 21, 5 Prozent (Zielwert 22 - 25 Prozent) und Biomasse ca. 17 Prozent  
200 (Zielwert 14 - 16 Prozent).

201 Mit dem aktuellen Bayerischen Energieprogramm senden wir ein falsches Signal an die  
202 Bürgerinnen und Bürger. Deswegen muss das Programm schnellstmöglich  
203 weiterentwickelt werden und ambitionierte Ziele beinhalten, welche die Energiewende in  
204 Bayern fördern.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 11 Steigerung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen zur regionalen Energieversorgung</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: AKE-Bezirksverband Oberbayern</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

205 **Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag wird gebeten die Bayerische**  
206 **Staatsregierung aufzufordern, eine Steigerung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit**  
207 **von Biogasanlagen zur regionalen Energieversorgung zu prüfen. Dies sollte**  
208 **insbesondere unter Berücksichtigung der Verwertung aller organischen Reststoffe**  
209 **erfolgen.**

**Begründung:**

210 Zur Steigerung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen ist es notwendig,  
211 organische Reststoffe (kein Mais und Getreide) in größeren Mengen zur Verfügung zu  
212 stellen. Hierbei ist zu prüfen, inwieweit eine regulierte Zulieferung von Reststoffen, wie  
213 beispielsweise tierischen Exkrementen, Material aus heimischen Biotonnen oder  
214 Abfallprodukte aus der Lebensmittelproduktion, sinnvoll wäre.

215 Die Staatsregierung sollte eine Studie in Auftrag geben, die gezielt mögliche Potentiale  
216 identifiziert und die Effizienzsteigerungen errechnet. Zudem sollten Modelle, die eine  
217 mögliche kommunale Organisation zwischen Biogasanlagenbetreibern und potentiellen  
218 Zulieferern beschreiben, erstellt und die daraus entstehenden Vorteile in der  
219 Abfallentsorgung und der Gewinnung von regionaler Energie untersucht werden.

220 Die Ergebnisse einer solchen Studie sollten den Kommunen in transparenter Weise  
221 zugänglich gemacht werden. Im Fall von positiven Resonanzen sollten Kommunen die  
222 Möglichkeit bekommen, Modelle anzuwenden oder ggf. durch finanzielle Förderung der  
223 Staatsregierung zu erproben.



<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 12 Bi-modale Versuchs-Strecke</b>	<b><u>Beschluss:</u></b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: AKE-Bezirksverband Oberbayern</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

224 **Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, eine bi-modale Versuchs-Strecke**  
225 **zur Verfügung zu stellen, mit welcher der Nachweis für einen sicheren Mischverkehr**  
226 **von Straßen- und Schienenfahrzeugen auf Bahntrassen erbracht werden kann.**

**Begründung:**

227 Auf den Straßen unserer Metropolregionen stehen PKWs und LKWs fast täglich im Stau.  
228 Im Jahr 2016 betragen die Staukosten allein in München ca. 2 Mrd € denn die Kapazität  
229 des Straßennetzes ist weitgehend erschöpft.

230 Daneben liegen Eisenbahnverkehrsanlagen offensichtlich brach. In Wirklichkeit sind die  
231 Taktraten und damit die Kapazität der Bahn ebenfalls ausgereizt.

232 Durch den Einsatz autonomer Straßen-Fahrzeuge lässt sich die Kapazität von  
233 Bahntrassen vervielfachen und auf Grund der gegenüber der Straße höheren  
234 Durchschnittsgeschwindigkeiten ein Großteil des Verkehrs von der Straße auf die Bahn  
235 verlagern.

236 Autonome Straßen-Fahrzeuge können auf einem eigenen sicheren und staufreien  
237 Schnellfahrnetz im Bereich von Bahntrassen weitgehend wirtschaftlich betrieben und im  
238 Straßen-Bereich die Stau-, Unfall- und Gesundheitskosten reduziert werden.

239 Auf elektrifizierten Streckenabschnitten lässt sich EE-Strom direkt nutzen, die Kosten- und  
240 Reichweiten-Probleme der Elektromobilität verringern, sowie Klima und Gesundheit  
241 schützen.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 13 Bau von Pendlerparkplätzen</b>	<b><u>Beschluss:</u></b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: AKE-Bezirksverband Oberbayern</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

242 **Um Sammeltransporte zu fördern und damit klima- und umweltschädliche**  
243 **Emissionen im Verkehrsbereich zu senken, wird die Staatsregierung aufgefordert,**  
244 **beim Bundesverkehrs-Minister zu beantragen, dass bei BAB-Anschluss-Stellen**  
245 **geeignete Pendlerparkplätze zeitnah mit Lade-Möglichkeiten für Elektrofahrzeuge**  
246 **eingerrichtet und betrieben werden.**

**Begründung:**

247 Fahrgemeinschaften werden von Pendlern und Ausflüglern immer häufiger organisiert, um  
248 Kosten und Energie zu sparen, die Umwelt zu schonen und das Verkehrsaufkommen zu  
249 begrenzen.

250 Sie benötigen für ihre Fahrzeuge jedoch geeignete Parkplätze. Wenn diese nicht  
251 vorhanden sind, müssen die Fahrzeuge auf unbefestigten und ungesicherten Flächen  
252 abgestellt werden.

253 Die Errichtung von Pendlerparkplätzen durch Kommunen scheidert meist daran, dass sie  
254 über keine geeigneten Flächen verfügen. Ferner betrachten sie einen Pendlerparkplatz als  
255 eine überregionale Einrichtung und sind daher nicht bereit, die Kosten für Errichtung,  
256 Winterdienst, Abfallbeseitigung und Haftpflicht zu übernehmen.

257 Zudem können die für Pendlerparkplätze nötigen Flächen oft nur nach entsprechenden  
258 Absprachen zwischen Bund, Freistaat (Forstverwaltung, Straßenbauamt) und Kommune  
259 zur Verfügung gestellt werden. Dafür gibt es selten Initiatoren.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 14 Intelligente Ampelsteuerung</b>	<b><u>Beschluss:</u></b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: AKE-Bezirksverband Oberbayern</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

260 **Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, regulative Voraussetzungen und**  
261 **Anreize zu schaffen, dass Verkehrsampeln in Bayern grundsätzlich so gesteuert**  
262 **werden, dass der Verkehrsfluss optimiert und dadurch klima- und**  
263 **gesundheitsschädliche Standzeiten an starr geschalteten Verkehrs-Ampeln und an**  
264 **Bedarfs-Ampeln minimiert werden.**

**Begründung:**

265 Ein besser fließender Verkehr ist in jeder Stadt möglich. Es ist nicht nur für den einzelnen  
266 Fahrer ärgerlich, durch unkoordiniert und starr geschaltete Verkehrs-Ampeln zu einem  
267 Stopp- und Go-Verkehr gezwungen zu werden, sondern es werden auch  
268 Treibstoffverbrauch und Umwelt-Belastungen unnötig erhöht.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 15 Dekarbonisierungsoffensive für Bayern</b>	<b><u>Beschluss:</u></b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: Martin Ehrenhuber</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

269 **Um die internationalen, nationalen und bayerischen Klimaziele zu erreichen, wird**  
270 **die Staatsregierung aufgefordert, eine bayerische Dekarbonisierungsoffensive zu**  
271 **entwickeln und umzusetzen.**

**Begründung:**

272 Gemäß dem Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung ist es Ziel, in Deutschland bis  
273 zum Jahr 2050 weitgehend treibhausgasneutral zu werden. Auch Bayern hat ein  
274 ehrgeiziges Klimaziel. Laut Klimaprogramm 2050 der Bayerischen Staatsregierung sollen  
275 die bayerischen Treibhausgasemissionen bis 2050 von heute etwa 6,3 Tonnen pro  
276 Einwohner und Jahr auf unter zwei Tonnen pro Einwohner und Jahr gesenkt werden.

277 Derzeit stellen wir jedoch steigende Treibhausgasemissionen fest. Den notwendigen  
278 Reduktionspfad verfehlt Bayern. Dies zeigt, dass die Maßnahmen zur  
279 Treibhausgasminimierung nicht ausreichen.

280 Deshalb ist es notwendig, alle staatlichen Programme auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen  
281 und ggf. zu überarbeiten. Zudem sollte, gemeinsam mit allen Akteuren im Freistaat,  
282 insbesondere mit der Wirtschaft, eine Dekarbonisierungsoffensive ins Leben gerufen  
283 werden. Dabei sollen die treibhausgasrelevanten Sektoren Strom, Wärme, Mobilität,  
284 Landwirtschaft, Industrieprozesse und Produkte einbezogen werden.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 16 CSU Vision für eine zukunftsfähige Energieversorgung entwickeln</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: Martin Ehrenhuber</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

285 **Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine politische Vision für eine zukunftsfähige**  
286 **Energieversorgung zu erarbeiten.**

**Begründung:**

287 Die Energiewende war und ist ein richtiger und notwendiger Schritt hin zu einer  
288 Industriegesellschaft, in der Ökologie, Ökonomie, Gesundheit der Menschen,  
289 Zukunftschancen, mehr Unabhängigkeit von Energieimporten und  
290 Generationengerechtigkeit vereint sind. Maßgebend dabei ist der Zeitrahmen, den der  
291 international und völkerrechtlich verbindliche Klimavertrag von Paris vorgibt.

292 Als CSU müssen wir in der Lage sein, den Menschen im Land zu erklären, wie wir das  
293 Klimaziel erreichen sollen und welche Weichenstellungen und Maßnahmen dazu politisch  
294 in der Energiepolitik erforderlich sind. Klar ist, dass die Energiewende ein höchst  
295 interdisziplinäres und komplexes Vorhaben ist. Einen Königsweg wird es dabei leider nicht  
296 geben, da einzelne Zielsetzungen und Interessenslagen oftmals widersprüchlich und auch  
297 konträr sind.

298 Deshalb ist es wichtig, eine umfassende politische Vision zu erarbeiten, wie wir  
299 grundsätzlich die weitere Umsetzung einer zukunftsfähigen Energieversorgung  
300 ausgestalten wollen. Diese Vision allein auf das energiepolitische Zieldreieck  
301 (Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit) zu stellen, würde zu kurz  
302 greifen. Fragen wie z. B. „Was ist die Handschrift der CSU in der Energiepolitik?“, „Wie  
303 zentral oder dezentral soll unser Energiesystem werden?“, „Wie europäisch soll der  
304 weitere Weg sein?“, „Wie viel Energie wollen wir selbst produzieren und importieren?“,  
305 „Welche marktwirtschaftlichen Instrumente wollen wir einsetzen?“, „Was wollen wir durch  
306 Regulatorik gestalten?“, „Wer soll die Kosten tragen?“, u. v. a. sind dabei zu beantworten.

307 Als Volkspartei muss die CSU die Energiewende aktiv und entschlossen weitertreiben –  
308 mit einer Vision, die die Menschen überzeugt und ein gutes politisches Fundament für  
309 Umsetzung und Akzeptanz herstellt.

<b>Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU</b>	<b>14. Juli 2018</b>
<b>Antrag-Nr. 17 Versorgungssicherheit beim Strom nach 2022 gewährleisten</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller: Martin Ehrenhuber</b>	

**Die Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU möge beschließen:**

310 **Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, nach dem Abschalten der letzten**  
311 **Kernkraftwerksblöcke in Bayern im Jahr 2022 eine absolut verlässliche**  
312 **Stromversorgung - ohne Kernenergie - zu gewährleisten.**

**Begründung:**

313 Ende 2022 wird auch in Bayern die Kernenergie zur Stromerzeugung Geschichte sein. Für  
314 die Zeit danach wird der Freistaat aller Voraussicht nach einer Unterdeckung bei der  
315 Stromproduktion von ca. 5 GW aufweisen. Diese Unterdeckung soll mit neu zu bauenden  
316 Gaskraftwerken, mit zu reaktivierenden bestehenden Kraftwerken, mit Stromtransport über  
317 HGÜ-Trassen und mit dem Zubau von regenerativen Technologien ausgeglichen werden.  
318 Dabei ist aus heutiger Sicht fraglich, wann diese Ressourcen tatsächlich zur Verfügung  
319 stehen.

320 Es muss absolut zuverlässig gewährleistet sein, dass die Versorgungssicherheit in Bayern  
321 für die Wirtschaft, Kommunen und Verbraucher weiterhin uneingeschränkt und zu einer  
322 höchstmöglichen Qualität bestehen bleibt. Der Weiterbetrieb von Kernkraftanlagen ist aus  
323 Sicht des AKE dabei keine Option und würde die Glaubwürdigkeit in die Politik stark  
324 beschädigen.